

Tischgespräch 4

„Der kompetente Bürger“ – Zivile Engagementkultur als Kapital für eine Stadt-/Dorfcommunity

Zusammenfassung: Katrin Treffkorn, Hochschule Zittau/Görlitz, TRAWOS Institut für Transformation, Wohnen und soziale Raumentwicklung

Entscheidendes Element jeder Demokratie ist die Beteiligung ihrer Bürger und die gesellschaftliche Akzeptanz politischer Entscheidungen. Kein Mensch wird als Demokrat geboren, bürgerschaftliche Kompetenzen werden erlernt. Dabei ist das demokratische System der Bundesrepublik in seinen Funktionsweisen ebenso vom umfassenden technologischen, kulturellen, ökonomischen und ökologischen Wandel unserer Zeit betroffen, wie alle anderen gesellschaftlichen Bereiche. Ausgehend vom Konzept „des kompetenten Bürgers“ von Herfried Münkler, sind neben Zugangschancen zum Bereich politischer Entscheidungen und der Durchschaubarkeit politischer, sozialer und ökonomischer Prozesse wie Verfahrensweisen eine private Sphäre, als nicht-politischer Raum, erforderlich, um jene Individualität und Eigensinn ausprägen zu können, welche für ein kompetentes Mitwirken als Bürger notwendig sind.

Eine große Bandbreite an Partizipationsformaten wird gegenwärtig von BürgerInnen, Verwaltungen und politischen Vertretern in ganz unterschiedlicher Weise und Intensität genutzt. Dabei droht die Partizipationsfähigkeit- und bereitschaft von zwei Seiten eingeschränkt zu werden. Neben der Reduzierung der Bürger als Objekte der Fürsorge politischer Eliten und Entscheidungsträger, führt eine Überforderung der Bürger in der Öffentlichkeit durch eine immer stärkere Inanspruchnahme für das eigene Dasein vorsorgen zu müssen, ebenfalls zur „Erosion des Bürgerschaftlichen“.

Die Impulsreferate und die Meinungsäußerungen der Teilnehmer des vierten Tischgesprächs der Novembertagung 2014 zeigen diese Gradwanderung an Beispielen aus der Praxis und machen deutlich, dass koordinierten Vernetzungsstrategien und selbstbestimmten Teilhabemöglichkeiten innerhalb einer zivilen Engagementkultur eine wesentliche Bedeutung zukommt.

„Bündnis ländlicher Raum“ – Das Ortsvorsteherbündnis im Landkreis Spree-Neiße

Manuela Kohlbacher (Projekt LAURIN, Forst) schilderte, wie sich die Ortsvorsteher im Landkreis Spree-Neiße – zwischen der Verantwortung, die Belange der Bürgerschaft aus den Dörfern zu vertreten aber nur sehr begrenzte Mitspracherechte in den Gemeindeverwaltungen zu haben – zwischen „Baum und Borke“ fühlten. Allein gelassen mit den Herausforderungen eines wachsenden Engagements des rechten politischen Spektrums in Dorfgemeinschaften und der medialen Öffentlichkeit kam zu der Leidenschaft sich für ihre Dörfer ehrenamtlich zu engagieren, der Leidensdruck jedes Einzelnen, dem „Rechtsruck“ und der „Medienschelte“ etwas entgegen setzen zu können. Um die räumlichen Entfernungen in der südbrandenburgischen Region sowie fehlende verbindende Strukturen überwinden zu können, schlossen sie sich im Rahmen des LAURIN Projektes zu einem „Ortsvorsteherbündnis“ zusammen. Die finanziellen Projektmittel erlaubten es notwendiges externes Know-How des kommunalwissenschaftlichen Institutes hinzuzuziehen. In Arbeitsberatungen, Seminaren und Workshops tauschten sie sich untereinander aus und erwarben Wissen/ Kompetenzen bspw. für die Aktivierung von zivilgesell-

schaftlichem Bürgerengagement, der Moderation von Diskussionsrunden oder beim Umgang mit der Presse. Der „Selbstermächtigung“ der Ortsvorsteher, mit dem Ziel „neue Ideen zu finden, um das gesellschaftliche Leben im ländlichen Raum positiv und gemeinsam mit den Bürgern zu gestalten“, stand der Landrat jedoch wenig offen gegenüber. Mit der neuen Gemeindegebietsreform hoffte er, würde sich das „Problem“ von selber auflösen. Diese ablehnende Haltung überwand das Ortsvorstehernetzwerk indem es sich als Bündnis direkt bei der Enquete-kommission zur Vorbereitung der Gemeindegebietsreform in Brandenburg sowie bei den Entwicklungsplanungen im Landkreis Spree-Neiße einbrachte. Mit seinem bislang einzigartigen Engagement erlangte das Bündnis bundesweite Aufmerksamkeit, wodurch das Bundesministerium des Innern aufmerksam wurde und sich mit einer Anfrage zur „Realität der Lausitzer Dörfer“ direkt an die Ortsvorsteher wandte, statt an die Vertreter der übergeordneten Strukturebenen von Landkreis und Kommunen mit ihren Verwaltungen. Im „Lichte dieser Aufmerksamkeit“ erfuhr die Arbeit des Bündnisses, der ehrenamtlichen Ortsvorsteher und ihrer Dorfgemeinschaften eine deutliche Aufwertung. Davon ermutigt, an dieser Stelle weiter zu machen und die Interessen und Themen der BürgerInnen in den Dörfern gegenüber übergeordneten Ebenen und Gremien sichtbar zu machen und angemessen zu vertreten, stellte sich das Ortsvorsteherbündnis bei den Kommunalwahlen 2014 als Freie Wählervereinigung „Bündnis ländlicher Raum“ für den Kreistag auf und gewannen mit 3 Sitzen die dafür notwendige Handlungsmacht in Form eines politischen Mandats.

„Du bist Görlitz“ – Bürgerschaftliche Beteiligung in der Stadt Görlitz

Geringe Wahlbeteiligung, wachsender Wille der Bürger auf kommunaler Ebene an politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen mitzuwirken und die Notwendigkeit seitens der Verwaltung in größeren Struktureinheiten die Kompetenz der Bürger in den einzelnen Stadt-/Ortsteilen bei Entscheidungen über den bedürfnisorientierten Einsatz immer knapper werdender Mittel einzubeziehen, nannte **Dr. Michael Wieler** (Bürgermeister für Kultur, Bauen und Stadtentwicklung, Ordnung und Sicherheit) als Motive der Stadt Görlitz nach der Bürgermeisterwahl 2012 ein eigenes Bürgerbeteiligungskonzept zu entwickeln. Begleitet durch die Hochschule Zittau/Görlitz entwarf man ein mehrstufiges „Tempelmodell“ welches mit Stadtverwaltung, Stadtrat und BürgerInnen von Görlitz in einem mehrjährigen Prozess umgesetzt werden soll. „Du bist Görlitz“ ist dabei als niedrigschwellig institutionalisiertes Beteiligungsformat auf Stadteilebene, also unterhalb der Gemeindeordnung, angelegt. Freiwillige Bürgerräte, ausgestattet mit einem festgelegten jährlichen Budget aus dem städtischen Haushalt („Stadtteiffond“) koordinieren dabei die Vorschläge und direkten Abstimmungen durch die BürgerInnen über die Verwendung der Mittel. Während die Stadtverwaltung die juristischen und bautechnischen Umsetzungsmöglichkeiten der Vorschläge prüfen soll, verpflichtet sich der Stadtrat den Entscheidungen der Bürger ihrerseits mit den notwendigen Beschlüssen zu folgen. Dies ist ein praktischer Lernprozess für alle Beteiligten, der ein Umdenken bisheriger Verfahrenslogiken und das Anpassen übergeordneter Strukturebenen erforderlich macht.

„A-Team“ – Schnittstelle für regionale Jugendbeteiligung in Görlitz

Für mehr Mitbestimmung jüngerer Generationen bei politischen Entscheidungen in Görlitz setzt sich das „A-Team“, eine Initiative Görlitzer Jugendlicher zwischen 14 und 24 Jahren, ein. Die

Initialzündung dafür kam aus einer spontanen Aktion („Flashmob“) im Stadtrat im Januar 2012. Zunächst als schweigender Protest in einer Stadtratssitzung angelegt, um die Unzufriedenheit über fehlende Möglichkeiten sich politisch einbringen zu können, mit seinen Interessen ernst genommen zu werden und unzureichende Jobperspektiven in der Region zum Ausdruck zu bringen sowie sich selbst als Jugend „die noch da ist“ sichtbar zu machen, wurde in der anschließenden Diskussion die Unsicherheiten der Jugendlichen im direkten Gespräch mit den Stadtratsmitgliedern deutlich. Trotz der signalisierten Dialogbereitschaft fehlte dafür seit der Auflösung des Jugendparlamentes eine feste Anlaufstelle, ein Format für einen strukturierten Dialog zwischen Jugend und Politik. Begünstigt durch die politische Lage im Bürgermeisterwahlkampf, konnte eine Initiativgruppe der Jugendlichen unter der Trägerschaft des Second Attempt e.V. ihre Vorstellungen von Befähigung zu politischer Beteiligung und dem Willen zum Mitgestalten in der Stadt, mit Hilfe von EU-Fördermitteln umsetzen. Als Anlaufstelle für Jugendbeteiligung und Jugendpolitik in Görlitz bieten sie seitdem in Dialogveranstaltungen und Workcamps die Möglichkeit Kommunikations- und Demokratiefähigkeiten sowie ein Politikverständnis für die kommunale Praxis zu entwickeln. Der Verein unterstützt, und betreut die Jugendlichen dabei, stellt Räume für regelmäßige Treffen zur Verfügung, vermittelt Gespräche mit Kommunalpolitikern und konnte mit Hilfe der Fördermittel eigene Ideen und Aktivitäten wie bspw. den Animationsfilm „Wie funktioniert kommunale Politik?“ am Beispiel des Görlitzer Stadtrates realisieren. Denn neben einem kontinuierlichen Rahmen für die Artikulation der Themen und Interessen jüngerer Bürger sind moderne Formate für die politische Aktivierung zukünftiger „kompetenter Bürger“ dabei eine besondere Herausforderung und zugleich Grundlage für mehr Teilhabe und Teilnahme, wie **Daniel Sauer** (Projektleiter) erläuterte.

Fazit

Auf kommunaler Ebene scheint die Einbeziehung der Kompetenzen der Bürger, als Qualitäten und Fähigkeiten der Menschen vor Ort zivilgesellschaftlich aktiv zu werden, seitens politischer und administrativer Entscheidungsträger wie der Bürger selbst mehr und mehr notwendig. Dabei zeigen aktuelle Beteiligungs- und Protestbewegungen, dass der „kompetente Bürger“ durchaus ein „schwieriger Bürger“ sein kann. Aber ein verantwortungsbewusstes Miteinander in demokratischen Aushandlungsprozessen und durchlässigen Formaten sozialer Praxis zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung ermöglichen es, dass sich die Gestaltungspotenziale der verschiedenen Akteure verbinden können und über die individuellen Interessen und Strukturlogiken hinaus für das Gemeinwohl wirksam werden. An dieser demokratischen Schnittstelle von zivilgesellschaftlichem Engagement und kommunalen Bürgerbeteiligungsprozessen kann sich das für eine lebenswerte und handlungsfähige Stadt-/Dorfcommunity erforderliche soziale Kapital entfalten.